

BRIV

Erscheint monatlich 2 mal zum 15. und 1. des Mts.

Organ des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg. Vierteljahresabonnement durch die Post 90 Pfg.

29. Februar 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 5

Menschenvernichtung bringt Profit

Die Kriegsberichte aus dem Fernen Osten zeigen, daß die Japaner skrupellos darangehen, ganze Städte dem Erdboden gleichzumachen, Tausende von Menschen, ganz gleich, ob Militär oder Zivilbevölkerung, zu vernichten.

Aus Schanghai wird berichtet, daß diese Millionenstadt der Schauplatz unbeschreiblicher Grausamkeiten der japanischen Eroberungstruppen ist. Die Straßen sind mit Leichen übersät. Hungernde Hunde sättigen sich an den Leichen. Ein Bericht sagt, daß nachts von dunklen Gestalten Feuer an die Häuser der Chinesen gelegt wird. Wenn diese dann versuchen, sich aus den brennenden Häusern zu retten, werden sie niedergeschossen. Die chinesische Bevölkerung, die den Versuch macht, sich aus der Gefahrenzone zu entfernen, wurde mit Maschinengewehrfeuer zurückgetrieben. Die entmenschte Soldateska schießt tausende Wehrloser einfach zusammen.

Inzwischen erwägt der Völkerbund, was geschehen soll. Die imperialistischen Mächte senden einstweilen ihre Truppen und Kriegsschiffe, angeblich zur Interessenvertretung ihres Landes, nach China.

In Genf wird von Abrüstung gesprochen. Der tschechoslowakische Außenminister spricht offen aus, was ist; er sagt: „Die letzten Ereignisse haben das Vertrauen zu den internationalen Verträgen und Pakten erschüttert. Deshalb kann die Abrüstung sich nur in dem Maße vollziehen, als sich das Vertrauen wieder entwickelt.“

Das wird am Sankt Nimmerleinstag in kapitalistischen Staaten sein.

Inzwischen fängt das Rüstungsgeschäft an, lohnenden Profit abzuwerfen. Die Prager Zeitung „Pravo Lidu“ berichtet offen über das Riesengeschäft mit Gasgranaten, das die tschechischen Skoda-Werke seit Beginn des japanischen Raubzuges in China tätigen.

Nach der „B. Z.“ werden hauptsächlich Munition für Feldgeschütze und Grabenmörser, aber auch Maschinengewehrmunition sowie Handgranaten geliefert. Bisher sollen 18 000 Granaten, darunter 2000 mit Giftgas, an die Japaner geliefert sein. Die Transporte dieser Lieferungen gehen über Triest, in letzter Zeit auch über Hamburg.

Ein Aufsichtsrat dieser Skoda-Werke ist der 2. Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokratie, der Abgeordnete Ludwig Pick. Diese angenehme Position sollte Herrn Pick 400 000 Kr. Tantiemen eingebracht haben. Er erklärte, dieses Geld an die Tschechische Sozialdemokratie abgeliefert zu haben.

Die amerikanische Firma Hotchkiss, die vornehmlich Maschinengewehre herstellt, erhielt von Japan einen großen Auftrag. Die Aktien dieser Firma stiegen an der Pariser Börse in wenigen Tagen von 1100 auf 1268 Prozent. Die Kurse der Aktien der französischen Waffenfirma Schneider-Creuzot stiegen auf 1360 Prozent. Die Werke haben große Aufträge.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet, daß man an der Pariser Börse eine günstige Wirkung des ostasiatischen Konfliktes auf die Wirtschaftskrise erwartet.

In der in spanischer Sprache erscheinenden Militär-Fachzeitschrift „De Re Bellika“ stehen folgende Anzeigen:

- „Karl Walter, Zella-Mehlis, Gewehre, Pistolen. Löwe, A.-G., Berlin, Waffen.“
- Steffen & Hegemann, Berlin W 35, Waffen und Munition, Apparate und Einrichtungen für den chemischen Krieg, Gasschutzgeräte, künstlicher Nebel usw.“

Nach einem Bericht aus Frankfurt a. Main lieferten die Höchster Farbwerke nicht weniger als 150 000 t Salpeter an Frankreich. Verschiedene Abteilungen, die stillgelegt waren, haben die Wiederaufnahme des Betriebes durchgeführt. — Salpeter ist ein sehr notwendiger Bestandteil zur Herstellung von Pulver und Sprengmunition.

In den Häfen Frankreichs, Englands und Amerikas und Gdingen (Polen), und Konstanza (Rumänien), sowie in Hamburg, werden in fieberhaftem Tempo Waffen und Sprengstoffe verladen.

In der französischen Kammer Sitzung vom 11. Februar dieses Jahres legte der sozialistische Abgeordnete Vaure der Kammer zwei Dokumente vor, Ausfuhr-Erlaubnisscheine für geheime französische Kriegspulver an deutsche Fabriken, die sich an Munitionslieferungen für Japan beteiligt haben. Des weiteren ein Dokument, daß die tschechischen Skoda-Werke und die Europäische Industrie- und Finanz-Union, die in Verbindung mit Schneider-Creuzot steht, an die Hitler-Partei Unterstützung ausgezahlt habe.

So sehen wir, daß überall die Hyänen des Krieges sich meiden, um Profit herauszuschinden.

Ein Erfolg der Technik ist es, daß die Interessenten des Krieges beim 5-Uhr-Tea durch das Radio das Menschen-schlagen hören können. So schreibt die Presse, daß die Kämpfe bei Mukden zwischen Japanern und Chinesen im japanischen Rundfunk wiedergegeben wurden. Man hörte das Gebrüll der Soldaten, das Feuer der Geschütze usw.

Ein besonderer Sensationskitzel wird es für die japanische Bourgeoisie sein, im Radio zu hören, wie „die Söhne

ihrer Landes“ als Verwundete in den Stacheldrähten hängen und sich tagelang zu Tode schreien.

Das Gerede der Diplomaten in Genf wird an der furchtbaren Wahrheit nichts ändern, auch nicht die Drohung des belgischen Sozialistenführers Emile Vandervelde, der folgendes sagte:

„Nachdem die sozialistischen Arbeiter durch die furchtbaren Ereignisse des letzten Krieges in gemeinsames Elend gestürzt worden sind, sind sie unbeugsam entschlossen, alles daranzusetzen, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Und sollte es doch wieder dazu kommen, haben sie die feste Absicht, wenn nicht die Waffen wegzuerwerfen, so doch sich ihrer nicht mehr gegeneinander zu bedienen.“

Die Internationale hat uns beauftragt, dies zu erklären. Von ihrem Weitblick und ihrer Klugheit hängt es ab, daraus die Folgerungen zu ziehen.“

Diese Beteuerungen haben wir von jener Seite schon einmal 1914 gehört, und doch waren es gerade die Führer der II. Internationale, die für das Völkermorden stimmten, dafür die Gelder bewilligten und in der Presse die Kriegspolitik verherrlichten und die wütesten Annektionspolitik trieben.

Welchen Wert die freien Gewerkschaften und die SPD. im letzten Völkermorden hatten, ergibt sich aus den preußischen Jahrbüchern von Hans Delbrück, September 1914, in denen steht:

„Es genügt nicht, den Sozialdemokraten zu danken, sondern man muß sich auch klarmachen, welches Verdienst sie sich direkt durch ihre Organisationen erworben haben. Stellen wir uns vor, wir hätten diese großen Arbeitervereinigungen nicht, sondern diese Millionen ständen dem Staat nur als Individuen gegenüber, so ist es doch sehr wahrscheinlich, daß sich sehr viele unter ihnen finden würden, die nicht von der allgemeinen Bewegung ergriffen, der Einberufung zur Armeepassiven oder auch aktiven Widerstand entgegengesetzt hätten.“

Justicia

Wenn man die Urteile der letzten Zeit für politische Vergehen, begangen von Kommunisten oder linkseingestellter Arbeiter denen der Nationalsozialisten gegenüberstellt, so kann man wohl aussprechen, die Justiz fährt mit vollen Segeln im faschistischen Fahrwasser. Die politischen Prozesse der letzten Zeit geben allen Anlaß, dieses zu behaupten.

In dem Helldorf-Prozess (Krawall am Kurfürstendamm), wo die Nationalsozialisten einen wohl vorbereiteten Überfall auf deutsche Bürger jüdischen Aussehens am hellen Tage inszenierten und einige schwer verletzten, wurden von den 31 nationalsozialistischen Angeklagten im ersten Prozeß sechs freigesprochen. Bei der Revision wurden 12 Angeklagte freigesprochen, 16 wegen einfachen Landfriedensbruches zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Führer der SA, Graf Helldorf und sein Komplize Ernst wurden von der Anklage des Landfriedensbruches freigesprochen, und lediglich wegen öffentlicher Beleidigung zu je 400 RM Geldstrafe verurteilt.

Dieses Urteil kommt einem Freibrief für neue Judengroßmorde gleich.

In Dresden standen am 5. Februar die Nazimörder vor dem Richter, die am 3. November in Riesa den Reichsbannermann Wolf auf offener Straße überfallen und durch zahlreiche Messerstiche buchstäblich abgeschlachtet hatten. Der Haupttäter erhielt ganze 2 Jahre und 4 Monate Gefängnis. Die übrigen kamen mit kurzen Gefängnisstrafen davon.

In München-Gladbach wurde der Nazimann Löles, der den Kommunisten Reimers durch 4 Schüsse tötete, nur wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 3 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Im Gegensatz zu diesen Urteilen erhielt der Kommunist Biergang in Köln, der bei einem Zusammenstoß einen Faschisten niederschlug, der dadurch leicht verletzt wurde, 5 Jahre Zuchthaus.

Der Erwerbslose Biermeier wurde vom Schöffengericht in Berlin, weil er aus einem Laden einige Lebensmittel entwendet hatte, zu 1 Jahr und 4 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Haarsträubend ist das Essener Urteil vom 5. Februar 1932, wo Kommunisten bei einem Zusammenstoß mit Nazis angeblich ein NSDAP-Mitglied ermordeten und dafür 36½ Jahre Zuchthaus und 104 Monate Gefängnis erhielten. So erhielt der Maschinist Zingel 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus, der 20-jährige Kutscher Martin Wolf gleichfalls 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus, der Lehrling Max Werseck 8 Jahre Zuchthaus, der 22-jährige Hilfsarbeiter Schüler ebenfalls 8 Jahre Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten erhielten gleichfalls hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang den Erlaß des Reichsinnenministers Groener, daß Nationalsozialisten in der Reichswehr aufgenommen werden können, da diese Partei ja nicht grundsätzlich mit Gewalt die Verfassung ändern wolle (Boxheimer Dokument), während Kommunisten in allen

1870 haben die Mobilmachungen an nicht wenigen Orten oft nur mit Gewalt durchgesetzt werden können. Das ist sogar hier und da 1813 vorgekommen. Diesmal hat sich auch nicht das Geringste dergleichen ereignet. Das macht, heute ist in Deutschland sozusagen jedermann organisiert und folgt seinen Organisationen. Indem diese gesellschaftlichen Kräfte mit der staatlichen Autorität zusammen wirkten, bildete sich erst jene ungeheure Kraft, die wir in dieser Mobilmachung vor unseren Augen sich haben entfalten sehen.

Japan schert sich den Teufel um den Völkerbund, es erklärt offen, die Mandchurei in seinem Besitz zu halten. Es schlägt den Völkerbundsstaaten vor, eine internationale neutrale Zone im Unkreis von 25 bis 30 km um die wichtigsten Hafenstädte Chinas zu legen, d. h. China die wichtigsten Einnahmequellen zu stehlen. Wenn es sich dagegen auflehnt, soll es mit Gewalt annektiert werden.

Die Vertreter Japans haben die Regierungen von Frankreich, Amerika und England unterrichtet, daß die letzten in Schanghai vorgenommenen militärischen Operationen mit der Niederlage der japanischen Truppen geendet haben, und daß es daher Japan für notwendig halte, zur Wiederherstellung seines Ansehens die Offensive zu ergreifen. Daraufhin hat der Völkerbundsrat in Genf die von China geforderte außerordentliche Ratstagung abgelehnt mit der Begründung, man stelle sich allgemein auf den Standpunkt, daß für den Rat im Augenblick kein Anlaß zur Einberufung der Versammlung vorliege.

Das Beispiel Japans macht Schule, Litauen nimmt sich Memel, Polen erklärt, es ist die Zeit gekommen, um zu handeln, d. h. offene Raubpolitik zu betreiben. Es hat im Auge, sich Danzig anzueignen.

Die Hyänen des Krieges, denen es gleichgültig ist, an wen sie ihre zum Morden und Vernichten hergestellten Erzeugnisse verkaufen, schreien wieder nach Profit.

Rosa Luxemburg sagte bei Ausbruch des Weltkrieges: „Die Dividenden steigen und die Menschen fallen.“ Es ist wieder einmal so weit.

Fällen als staatsfeindliche Elemente davon ausgeschlossen sind, dann mutet die Weimarer Verfassung, nach der alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, etwas sonderbar an, und ist der Ausspruch Heines Justicia (Gerechtigkeit), wo bist du? heute mehr denn je angebracht.

Julian Borchardt

Wieder ist einer der alten Garde, die für die Befreiung des Proletariats kämpfte, dahingegangen. Un erwartet verstarb er am 16. Februar nach kurzem Krankenlager im Alter von 63 Jahren.

Das Proletariat, das um seine Freiheit kämpft, hat in Julian Borchardt einen ehrlichen Kämpfer verloren, einen Revolutionär, der der großen Sache des Sozialismus bis zu seiner letzten Stunde treu gewesen ist.

Den Berliner Arbeitern ist Julian Borchardt besonders bekannt aus der Zeit vor dem Kriege, wo er neben Karl Liebknecht, Paul Hoffmann, Adolf Hoffmann und Leinert im preußischen Dreiklassen-Parlament seinen Mann stand, wo er damals, zusammen mit den Genannten, im Jahre 1912 wegen seines kühnen Auftretens für die Sache der Arbeiterklasse mit Polizeigewalt aus dem Parlament geschleppt wurde.

Julian Borchardt stellte sich nicht auf die Seite der Kaiser-Sozialisten während des Krieges. Seine Zeitschrift „Die Lichtstrahlen“ unterstützte den kühnen Kampf Karl Liebknechts gegen den imperialistischen Krieg. Zusammen mit Franz Mehring, Ernst Meyer, wurde er wegen dieses Kampfes im Kriege eingekerkert. Seine Werke, die Hunderten und Tausenden die marxistische Erkenntnis vermittelt haben, waren wertvolles Rüstzeug für die Arbeiterklasse. Hervorgehoben seien folgende Werke: „Grundbegriff der Wirtschaftslehre“, „Der historische Materialismus“, „Die deutsche Wirtschaftsgeschichte“, „Die deutsche Geschichte seit dem Dreißigjährigen Krieg“ und eine Bearbeitung von Karl Marx' „Kapital“.

Auch auf pädagogischem Gebiete entstammen wertvolle Schriften seiner Feder.

Die linksgerichteten Blätter veröffentlichten des öfteren wertvolle Artikel von ihm. Auch unseren Organisationen hat er solche geliefert und damit der revolutionären Arbeiterklasse Material in ihrem Kampf für die Befreiung gegeben.

In die Kreise der geistigen Arbeiter trug er durch seine jahrelange Mitarbeit im Schutzverband deutscher Schriftsteller den Gedanken der Einheitsfront von Hand- und Kopfarbeitern.

Wir und all die Tausende, denen er durch die Popularisierung des Marxismus Erkenntnis und Aufklärung brachte, werden Julian Borchardt über das Grab hinaus ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telephon: A 7 Dönhoff 8110

„Ich verbiete“

Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. . . Niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht. Eine Zensur findet nicht statt.

(Weimarer Verfassung, Artikel 118.)

So steht es geschrieben in der Weimarer Verfassung und so wird es sogar in den Schulen gelehrt. Deutschland ist die freieste Republik der Welt und gewährt seinen Bewohnern jegliche Bewegungsfreiheit, das heißt, immer nach dem Wortlaut der Verfassung. Die raue Wirklichkeit sieht aber wesentlich anders aus, als die Erzählung im Märchenbuche uns glauben machen möchte. Von wirklicher Freiheit keine Spur, und überall, wo man steht und geht, guckt und spuckt, Verbote und nichts als Verbote. Die Zustände, wie sie in dieser Beziehung gegenwärtig bestehen, spotten jeder Beschreibung, und es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß dies Diktaturzustände sind. Erbärmliche Feiglinge, die das sehen und doch verleugnen. Widrige Kreaturen, elende Heuchler, die trotz besserer Erkenntnis dem Volke mit lügnischen, süßlich-dummen Redensarten die Wahrheit zu verdecken suchen. Aber die Sprache der nackten Tatsachen läßt sich nicht unterdrücken; sie ist viel zu eindringlich, als daß sie nicht verstanden werden könnte. Und Tatsache ist, daß es faktisch keine Pressefreiheit mehr gibt, wenigstens soweit es die proletarische Presse anbelangt. Dies beweisen zur Genüge die in den letzten Monaten ausgesprochenen Verbote, welche über die verschiedensten Arbeiterzeitungen verhängt wurden. So hat man vor einigen Wochen die „Arbeiterstimme“, das Organ der KAPD und den „Kampfruf“ der Syndikalistin auf mehrere Monate verboten, weil diese Zeitungen irgendwelche Artikel brachten, die der herrschenden Clique nicht paßten. Neuerdings, und zwar am Montag, dem 15. Februar 1932, hat man die „Rote Fahne“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten. Und der Grund dieses Verbotes? Der ist so unergründlich, daß man ohne besondere Hilfe eines Paraphrastauchers ihn nicht finden kann. Eine so jämmerliche und lendenahme Begründung, wie sie zum Verbot der „Roten Fahne“ gegeben wird, ist wohl selten zu finden, und beim Lesen dieser „Verbotsgründe“ wird man das Gefühl nicht los, das einem beim Anhören eines Stotterers überkommt, der gern möchte und nicht kann. Warum hat man sich aber diese Blöße gegeben, warum hat man ohne besondere Gründe eine Arbeiterzeitung verboten? Weil zu den kommenden Wahlen ihre Sprache gefürchtet wurde, weil man auf der Gegenseite Angst hat wegen Bekanntheit verschiedener Wahrheiten. Wer ist in diesem Falle die Gegenseite, und welches sind die Wahrheiten, deren Verbreitung gefürchtet werden? Es ist die SPD., die fürchtet, daß ihr hundsgemeines und falsches Spiel, das sie mit den Arbeiterinteressen treibt, enthüllt wird und dadurch den Arbeitern die Augen geöffnet werden könnte. Nachdem bei den letzten Präsidentschaftswahlen die SPD. selbst erklärt hat, daß Hindenburg der Vertreter der Reaktion sei und daß kein Arbeiter seine Stimme für Hindenburg abgeben dürfe, ist es für die SPD. allerdings keine Kleinigkeit, in diesem Jahre ihre Wählermassen so zu belügen, daß sie Schwarz für Rot ansehen. Und diese Lügenkampagne soll nicht gestört, dieser Kuhhandel hinter den Kulissen soll nicht entlarvt werden. Doch alle Bemühungen der SPD., ihren neuen Schandstreich zu vertuschen, sind vergebens. Bereits haben große Teile der Arbeiterschaft erkannt, was die SPD. in Wirklichkeit ist und welchen Zweck die Hindenburg-Parole verfolgt. Die Arbeiter wissen, daß derjenige, der zur Wahl eines Reaktionsärs aufruft, selber ein Reaktionär, ein Konterrevolutionär ist, daß seine Bestrebungen, der Reaktion zum Siege zu verhelfen, vereitelt werden müssen. Alle „Errungenschaften der Revolution“ von 1918 hat die SPD. im Laufe der Zeit preisgegeben. Nichts ist uns verblieben als die bittere Erkenntnis, daß im Gewande der Sozialdemokratie ein Wolf im Schafspelz sich versteckte und daß die ganze Sippe der sozialdemokratischen Führer ganz gemeine Verräter waren und sind, die um klingenden Lohnes wegen die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands an das Unternehmerkapital auslieferte. Die Schande ihrer blutigen Henkershilfe bei der Niederknüpfung der proletarischen Freiheitsbewegung, die Schande der Begünstigung des mordgierigen Faschismus, wird durch kein Presseverbot ausgewischt, durch keine noch so großen Lügen aus der Welt geschafft werden können. Ewig und unauslöschlich bleibt das Kainszeichen des Brudermordes auf der Stirn der Sozialdemokratie, bis der Tag kommt, an dem die Flammen der Revolution den verwesenden und stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie zu Asche verbrennen wird. Daran wird kein Verbot etwas ändern können. Und was wir tun können, um diesen Tag so bald als möglich zu erleben, werden wir tun. Möge die Sozialdemokratie in trauriger Gemeinschaft mit den Stellen „Höheren Orts“ ihr „Ich verbiete“ erlassen. Uns ist dies ein Zeichen ihrer Schwäche und Angst, ein Gradmesser unserer Stärke. Nur um so fester werden sich die Reihen des Proletariats schließen, vorwärts zum Siege. Trotz allen „Ich verbiete“ wählt Thälmann, den Kandidaten der Arbeiter.

Kräfte, die brach liegen

Wohin man heute in der Welt sehen mag, überall herrscht Elend und Not. Millionen und aber Millionen darben, leiden Mangel an den wichtigsten, zum Leben notwendigen Dingen, obwohl Mutter Erde uns überreichlich mit allem bedacht hat, was wir zum Leben gebrauchen. Schuld daran, daß dem so ist, trägt die heutige, irr- und widersinnige kapitalistische Wirtschaftsordnung, die alle Gesetze der Vernunft mit Füßen tritt, alles und jedes nur nach dem Profit wertet, blühende Landschaften in Wüsteneien verwandelt, wenn sich eine weitere Bearbeitung nicht „rentiert“, die Menschheit mit Krieg überzieht und ganze Völker vernichtet und ausrottet, weil es das Profitinteresse erheischt. Millionen sonst fleißiger Hände sind zur Untätigkeit verdammt, weil es den Kapitalisten gefällt, Hochöfen und Fabriken stillzulegen, da aus den noch in Betrieb befindlichen Werken genug Profit geschunden wird, der seinen Gewinnern ein annehmbares Leben in ausreichendem Maße gewährleistet. Und während die Besitzenden, die Bourgeoisie, in Saus und Braus leben, herrliche Feste feiern und sich's in allem wohl sein läßt, hungert das Volk. Und warum? Weil die Herrschenden die hergestellten Güter für sich in Anspruch nehmen und es nicht dulden, daß mehr erzeugt wird,

damit ja nicht die Schaffenden in den Genuß, in den Besitz dessen kommen, was das Leben angenehm und schön gestaltet. Es ist absurd zu glauben, daß dieser Zustand in nächster Zeit geändert werden könnte, solange wir uns nicht ganz energisch mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine derartige, hundsgemeine Ausbeutung zur Wehr setzen. Freiwillig weichen nun mal eben die Kapitalisten nicht von ihren, durch Gaunereien erworbenen Besitztümern, geben die Machtpositionen nicht auf, wenn wir sie nicht dazu zwingen. Und dies wird gewiß nicht leicht sein, da ja auch die Herrschenden sehr wohl wissen, daß der Tag der Auseinandersetzung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten kommen wird und sich zum Widerstande rüsten. Und da diese Auseinandersetzung einen schweren Kampf kosten wird, müssen auch wir, die Unterdrückten, alle Hebel in Bewegung setzen, damit wir aus diesem Kampfsiege reich hervorgehen. Da können und dürfen wir uns nicht den Luxus erlauben, große Teile unserer besten Kräfte und Energien unausgenutzt liegen zu lassen, wie es hinsichtlich der Heranziehung und Einbeziehung der Erwerbslosen in die Front des Klassenkampfes geschieht. Welch ungeheure Menge an revolutionärer Energie und Tatkraft haben wir in den Reihen der Arbeitslosen, welche ein Riesereservoir an Klassenkampfkräften. Doch unbeachtet sind bis jetzt diese für die Revolution wichtigen Werte liegengeblieben. Warum hat man verabsäumt, das Riesener der Arbeitslosen in die Klassenkampffront einzubeziehen? Ist die Aktivisierung und Mobilisierung der Erwerbslosen so schwer? Sind vielleicht die Arbeitslosen, da sie infolge ihrer langen Arbeitslosigkeit nicht mehr mit dem Produktionsprozeß verbunden und demgemäß der Unternehmerpeitsche anscheinend nicht direkt ausgesetzt sind, an dem Kampf gegen die Ausbeuter desinteressiert? Keineswegs. Die übergroße Mehrheit der Erwerbslosen ist klassenbewußt revolutionär eingestellt und verfolgt mit äußerstem Interesse und angespanntester Aufmerksamkeit alle Vorgänge am politischen Horizont. Die Diskussionen auf den Nachweisen und Stempelstellen beweisen dies. Nur ein oberflächlicher Beobachter wird die Behauptung aufstellen, die Arbeitslosen stünden abseits der Klassenbewegung und seien indifferent. Dieses Abseitsstehen, diese Zurückhaltung ist nur eine scheinbare und ist eine Folge der Unterlassungsünden, welche sich die Arbeiterorganisationen gegenüber den Erwerbslosen haben zuschulden kommen lassen.

Zwar hat die Kommunistische Partei wiederholt schwache Versuche unternommen, die Massen der erwerbslosen Arbeiter zu gewinnen. Doch diese Versuche schlugen fehl und mußten fehlschlagen, weil die von der KPD angewandten Methoden und Taktiken völlig unzulänglich und untauglich waren. Die von der Partei gebildeten Erwerbslosenausschüsse sind vollkommen aktionsunfähig, da diese Gebilde innen hohl, untereinander oftmals uneinig sind und keinen nennenswerten Einfluß auf die Massen besitzen. Darüber können keine Riesenschriften in den Parteizeitungen und keine Erfolgs-Bulletins hinwegtäuschen.

Die Erklärung, weswegen die Erwerbslosen so wenig auf die Versuche der Partei reagieren, ist sehr einfach. Durch jahrelange Arbeitslosigkeit gezwungen, alle Stadien des Hungerdaseins durchzuschreiten, ist heute der Arbeitslose auf einem Punkt angelangt, wo er, eingedenk aller erlittenen Unbill und Enttäuschungen jeden sich ihm Nähernden mißtrauisch begegnet und aufs schärfste prüft. Die in den Jahren gemachten Erfahrungen sowie die in den unfreiwilligen Mußestunden durch Studium erworbene Kenntnisse befähigen den Arbeiter in viel größerem Maße als früher, Wahrheit und Dichtung, Aufrichtigkeit und Demagogie, Wert und Unwert zu unterscheiden. Und diesen geistig so entwickelten Arbeitern eine Parteilinien-Meinungszwangsjacke anzulegen, hält schwer. Das aber hat die Partei bisher immer versucht, indem sie die Erwerbslosen zwingen wollte, nach ihren Wünschen und Befehlen zu handeln, was man doch nicht gut bei Nichtmitgliedern verlangen und durchsetzen kann. Da also die Partei bisher nicht verstanden hat, die im Heer der Erwerbslosen schlummernden Kräfte zu wecken, müssen es sich die revolutionären Gewerkschaften zur besonderen Aufgabe machen, hier das Versäumte nachzuholen und die gemeinsame Front zwischen Erwerbslosen und Betriebstätigen herzustellen. Nie und nimmer darf die Erwerbslosen-Bewegung sich selbst überlassen bleiben. Wenn auch, angesichts der Unfähigkeit und des bösen Willens der Bourgeoisie auf eine baldige Beseitigung der Erwerbslosigkeit nicht gerechnet werden kann, wird aller Voraussicht nach trotzdem ein großer Teil der heute auf dem Straßendam Liegenden so nach und nach in die Betriebe zurückzukehren, d. h. ausgewechselt werden gegen die, die sich in den Betrieben bisher befunden haben. Ist nun die Bearbeitung der Erwerbslosen richtig vorgenommen worden, hat man es verstanden, sie zu aktivieren und zu organisieren, so hat man gleichzeitig einen Schritt vorwärts getan in der Eroberung der Betriebe. Darum also:

Schenkt der Erwerbslosen-Bewegung mehr Aufmerksamkeit. Sucht neue Formen zur restlosen Erfassung aller Erwerbslosen. Macht die Nachweise und Stempelstellen zu wirklichen Schulen des Klassenkampfes, zu Schulen des Kommunismus und ihr schafft neue Stützpunkte der Revolution.

Neue Gesetze zur Knebelung der Arbeiter?

Nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter hat sich der Arbeitsminister Stegerwald geäußert, die mit Hilfe der Notverordnung zwangsweise verlängerte Amtstätigkeit der Betriebsräte mit allen Mitteln durchzuführen. Nötigenfalls durch Erlaß entsprechender Gesetze.

Diese Äußerung richtet sich in der Hauptsache gegen die Bestrebungen revolutionärer Arbeiter, durch die Niederlegung ihres Betriebsräteamtes eine Neuwahl der Betriebsräte zu erzwingen.

Beendigung des Hennigsdorfer Streiks.

Am Montag, dem 15. Februar, ist der Streik der Hennigsdorfer Walzwerksarbeiter nach mehrwöchiger Dauer beendet worden. Den Arbeitern ist es nicht gelungen, den Angriff des Unternehmers zurückzuschlagen. Die von seiten der Christen und auch des DMV. unternommene Streikbruchaktion hat die Einheitlichkeit der Streikfront zerbrochen. Durch die Phrasen der berufsmäßigen „Arbeiterführer“ ließen sich Teile

der Kollegenschaft verleiten, zu früh in die Betriebe zurückzukehren. Dadurch wurde der Unternehmer in die Lage versetzt, seine notwendigsten Arbeiten verrichten zu lassen, wodurch der Kampf der übrigen Belegschaft illusorisch wurde.

Weiter muß festgestellt werden, daß der EVMB., auf dessen Drängen der Streik ausgelöst wurde, mehr als leichtsinnig gehandelt hat. Denn während der ganzen Dauer des Streiks haben sich Abteilungen des Walzwerkes in Arbeit befunden, und es kann nicht verschwiegen werden, daß hier der EVMB. versagt hat. Soll heute eine im Streik befindliche Belegschaft ihren Kampf gewinnen, dann muß dafür Sorge getragen werden, daß das gesamte Werk restlos stillgelegt wird. Ist dies nicht möglich, sind die Belegschaftsmitglieder nicht restlos für den Streik zu gewinnen, dann ist es schon im Vorhinein ziemlich sicher, daß der Kampf ein aussichtsloser ist. Ein weiterer Fehler des EVMB. ist der, daß er sowohl den Unorganisierten wie überhaupt jedem am Streik sich beteiligten Arbeiter eine Unterstützung versprach und dieses Versprechen zuletzt nicht einlösen konnte. Gewiß wollen wir nicht die Bemühungen der IAH. verkennen, aber was nützt einer Arbeiterfamilie, deren Ernährer sich im Streiko befindet und infolgedessen nichts verdient, eine einmalige Speisung am Tage. Bei der Einstellung großer Teile der Arbeiterschaft und besonders der Arbeiterfrauen, die durchaus verständlich ist, muß bei einer Streikunterstützung das Hauptaugenmerk auf die Gewährung einer finanziellen Unterstützung gerichtet werden. Man darf aber niemals den Arbeitern, nur um sie für den Kampf zu gewinnen, falsche Versprechungen machen, deren Einlösung nicht möglich ist. Sonst kommt es so, wie es in Hennigsdorf gekommen ist.

Der IVfM. marschiert

In einer Zusammenkunft der in Königswusterhausen und Umgegend wohnenden Mitglieder des IVfM. wurde der Beschluß gefaßt, eine Ortsgruppe zu errichten. Es wurde ein Plan aufgestellt, demzufolge am 19. März eine allgemeine Versammlung sämtlicher Metallmitglieder stattfinden und die Wahl einer Ortsgruppenleitung erfolgen soll. Der Kollege Ferdinand Hoffmann hat sich bereit erklärt, bis zu diesem Zeitpunkt die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten einzuleiten. Außerdem wurden in der am 18. Februar abgehaltenen Besprechung die Beziehungen des IVfM. zum Bund revolutionärer Industrieverbände klargestellt. Bei dieser Besprechung wurde festgestellt, daß noch vielfach Unklarheit herrscht in bezug der Auszahlung von sogenannten Notstandsunterstützungen. Allgemein wurde die Ansicht geäußert, daß die von gewisser Seite versuchte Einschleppung von reformistischen Methoden, wie es die Einrichtung von Erwerbslosenunterstützungen ist, abzulehnen sei. Weiter ist man der Ansicht, daß in Zukunft die Bundesleitung bei Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse einzuschreiten habe. Die Aussprache zeigte, daß die Kollegen in Königswusterhausen gewillt sind, recht rege und mit allen Kräften für den Ausbau des Industrieverbandes für das Metallgewerbe zu wirken.

Weiter so, Kollegen, und wir werden das uns gesteckte Ziel erreichen.

Achtung, Jugendliche!

Für die jugendlichen Mitglieder, aller dem Bund angeschlossenen Organisationen und Gruppen findet am Mittwoch, dem 16. März, abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer des IVfM. Berlin, Brückenstr. 8, II Treppen, eine äußerst wichtige Versammlung statt, zu der wir alle Jugendlichen dringend ersuchen, bestimmt zu erscheinen.

I. A.: Der Vorstand, Jugendsektion.

Sozialer Rückschritt um Jahrzehnte

Die reformistischen Apologeten des Kapitalismus haben das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der Sozialpolitik genannt. Im Jahre 1931, nach knapp 50 Jahren deutscher Sozialversicherung, stehen wir an der Krise des Sozialismus, am Ende der Sozialpolitik. Die soziale Gesetzgebung, die 1888 im eigenen Interesse des Kapitalismus geschaffen wurde, ist durch die Notverordnungen des letzten Jahres in wesentlichen Bestandteilen so gut wie aufgehoben worden. Heute treten die Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Dezember in Kraft, durch die in der Krankenversicherung sämtliche Mehrleistungen gestrichen werden, so daß für die große Mehrzahl der Versicherten ein allgemeiner Abbau der Leistungen bis zu 50 Prozent eintritt. Die Krankenunterstützung, die nach den Statuten der Kassen teilweise 75 Prozent des Grundlohnes betragen haben, werden auf 50 Prozent gesenkt, ebenso die Dauer der Unterstützung. Die Wochenhilfe, die von der Sozialdemokratie als ganz große Errungenschaft ihrer Sozialpolitik gefeiert wurde, wird ebenfalls einem neuen erheblichen Abbau unterzogen. Mit dem heutigen Tage verlieren mehr als 400 000 Unfallrentner ihre Rente. Und die Neuregelung der Invalidenversicherung, die am 1. Januar ebenfalls in Wirksamkeit gesetzt wurde, bedeutet einen Rückschritt bis in das vorige Jahrhundert. Von der deutschen Sozialversicherung, die der Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer Tarnow noch in Leipzig auf dem Parteitag der SPD. als bereits im Kapitalismus verwirklichten Sozialismus gefeiert hat, ist mit Unterstützung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften kaum noch etwas übrig geblieben. Das ist die Bilanz der Sozialversicherung, durch die allein mit der letzten Notverordnung der werktätigen Bevölkerung den Kranken und den Alten erneut mehrere Hundert Millionen geraubt wurden.

Bekanntmachung!

Allen Mitgliedern des Bezirks Osten zur Kenntnis, daß künftighin die Ausgabe von schwarzen Marken im Lokal von Eisenberg, Rüdersdorfer Ecke Fruchtstraße, und im Lokal von Hellwig, Katinerstraße 20, erfolgt. Dortselbst erhalten die Kollegen auch ihre Zeitung.

